Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen

Erscheint Werktags nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 RM. Einzelne Nummern 15 Pf.
Schriftleitg. u. Geschäftsstelle Dresden-A. 1, Gr. Zwingerstr. 16. Ruf 14574 u. 21295.
Postscheck-Konto Dresden 2486 / Staatsbank-Konto 674.

Anzeigenpreise: 32 mm breite, 8 mm hohe Grundzeile oder deren Raum 35 Pf., 66 mm breit im amtlichen Teile 70 Pf., Reklamezeile 1 RM.
Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten und Stellengesuche.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Ziehungsliste der Staatsschuldenverwaltung, Holzpflanzen-Verkaufsliste der Staatsforstverwaltung.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberregierungsrat Hans Block in Dresden.

Nr. 26 | Dresden, Montag, 1. Februar | 1932

Zur Reichspräsidentenwahl.

Ein Schreiben Dr. Sahms an die deutsche Presse zur Reichspräsidentenwahl.

Berlin, 30. Januar.

Der Oberbürgermeister von Berlin, Dr. Sahm, hat in Fortführung seiner Aktion für die Wiederwahl des Reichspräsidenten v. Hindenburg an die gesamte deutsche Presse ein Schreiben gerichtet in dem er seine Pläne darlegt, von der am Montag den 1. Februar erfolgenden Gründung des Ausschusses Kenntnis gibt und die Unterstützung der Presse für die Unterschriftenwerbung erbittet, die nach den gesetzlichen Bestimmungen für die Vorlage eines solchen Wahlvorschlages erforderlich ist, da 20000 Wähler nachgewiesen werden müssen, wenn der Vorschlag nicht von einer Partei usw. ausgeht. Das Schreiben gipfelt in einer Erklärung, in der es heißt, daß dieses Unternehmen keinerlei Einzelinteressen verfolge, sondern nur den Zweck habe, in der wichtigen Frage der Reichspräsidentenwahl einmal alles Trennende zurückzustellen und die große Volksfront für Hindenburg zu ermöglichen.

„Deutschlands Zukunft", so schließt das Schreiben Dr. Sahms, „darf nicht den mehr oder minder hemmenden Bindungen einzelner Persönlichkeiten geopfert werden. Gerade jetzt müssen wir Deutschen beweisen, daß wir einig sein können, wenn die Stunde es fordert, und daß wir eine Sache um der Sache willen zu betreiben vermögen. Ich richte deshalb wie an Sie an jede einzelne deutsche Zeitung die Bitte, hier einmal alle Gegensätzlichkeiten beiseite zu lassen und zu helfen, daß eine geschlossene Volksfront für den Reichspräsidenten v. Hindenburg zustande kommt."

•

Der bayrische Hindenburg-Ausschuß verspricht tatkräftige Unterstützung des Berliner Ausschusses.

Berlin, 31. Januar.

Beim Oberbürgermeister Dr. Sahm ist heute von dem bayrischen Hindenburg-Ausschuß die schriftliche Mitteilung eingegangen, daß der bayrische Hindenburg-Ausschuß den Aufruf des in Berlin zu bildenden Hindenburg-Ausschusses mit allen Kräften unterstützen wird und die Vorbereitungen dazu bereits getroffen hat.

•

Dingeldey für Wiederwahl Hindenburgs.

Kassel, 30. Januar.

In einer Versammlung der Deutschen Volkspartei sprach am Sonnabend Dr. Dingeldey u. a. auch zur Reichspräsidentenwahl. Er habe die Aktion Brünings, die Präsidentschaft Hindenburgs nicht durch eine einmütige Volkswahl, sondern auf parlamentarischem Wege zu verlängern, für unangebracht gehalten, bedaure aber die Tatsache, daß Hitler und Hugenberg ihre Absage an Brüning nicht durch ein ebenso klares und rückhaltloses Bekenntnis zu Hindenburg ergänzt hätten. Die große und ehrwürdige Gestalt des Reichspräsidenten sei das höchste politische Gut des deutschen Volkes, und es wäre schlimm, dieses Gottesgeschenk durch einen leidenschaftlichen Parteikampf in seinem Wert herabzumindern. Die Deutsche Volkspartei werde sich mit allem Nachdruck für die einmütige Wiederwahl Hindenburgs einsetzen, wie sie sich in ihrer unbedingten Opposition gegen die jetzige Reichsregierung durch keine parteipolitischen Rücksichten binden lassen werde.

Vorher hatte der Redner Brüning aufgefordert, die Nationalsozialisten in die Regierung aufzunehmen, um die außenpolitische Stellung Deutschlands in der Reparationsfrage zu stärken.

•

Die Stellung des Stahlhelm.

Halle (Saale), 29. Januar.

In einer Stahlhelmversammlung erklärte der Führer Düsterberg u. a.: Die „nationale Opposition habe in der Frage der Reichspräsidentenwahl in den nächsten Tagen die Entscheidung zu fällen. Der Stahlhelm habe es abgelehnt, daß der Reichstag als solcher jetzt noch die Macht bekommen solle, über diese Frage zu befinden. Darin habe sich die nationale Opposition zusammengefunden. Die Einigkeit innerhalb der Harzburger Front sei im Ziele vorhanden. Heute komme es nicht darauf an, wer Deutschland rette, sondern darauf, daß Deutschland überhaupt gerettet werde. Bei den Preußenwahlen gelte die Parole: „Preußen den Preußen."

•

Der Stahlhelm gegen den Sahm-Ausschuß

Berlin, 1. Februar.

Das Bundesamt des Stahlhelm teilt mit: Der erste Bundesführer Seldte habe dem Berliner Oberbürgermeister Dr. Sahm mitgeteilt, daß er sich nicht in der Lage sehe, dem von Dr. Sahm geplanten Ausschuß für die Wiederwahl des Reichspräsidenten v. Hindenburg beizutreten. Diese Stellungnahme richte sich nicht gegen Hindenburg. Der Stahlhelm erblicke jedoch in Dr. Sahm weder die geeignete Persönlichkeit noch in dem von ihm beschrittenen Weg der Bildung eines vorwiegend mittelparteilichen Ausschusses das geeignete Mittel für die Behandlung der Reichspräsidentschaftsfrage.

•

Keine Kandidatur des ehemaligen Kronprinzen.

Berlin, 30. Januar.

Die Bundespressestelle des Stahlhelm teilt mit: Von führenden Persönlichkeiten der NSDAP. ist vor einigen Tagen die Behauptung aufgestellt worden, daß der Stahlhelm B. d. F. die Absicht habe, den Kronprinzen als Kandidaten für den Reichspräsidentenposten aufzustellen. Wie die Bundesführung mitteilt, ist diese Behauptung selbstverständlich frei erfunden.

•

Ein nationalsozialistischer Kandidat?

Berlin, 30. Januar.

In einer Versammlung der Nationalsozialisten im Sportpalast nannte der Reichstagsabgeordnete Hinkel die Bildung sogenannter überparteilicher Ausschüsse für die Präsidentschaftswahl mit Dr. Eckener oder Oberbürgermeister Sahm an der Spitze eine Fehlspekulation der liberalmonarchistischen Parteien. Hinkel fuhr dann fort: „Wen die NSDAP. als Kandidat nominieren wird" — in diesem Augenblick unterbrachen die anwesenden SA.-Leute den Redner mit dem Ruf: „Hitler!", der von der Versammlung minutenlang wiederholt wurde — „das steht noch aus, wird sich aber in nächster Zukunft ergeben."

Die bisherigen Ergebnisse der Preissenkung.

Erklärungen Dr. Goerdelers.

Berlin, 31. Januar.

Der Reichskommissar für Preisüberwachung erklärt:

Verschiedene mir soeben bekanntgewordenen Mitteilungen, die hier und da, insbesondere auch in Leipzig, über meine Pläne und Ansichten verbreitet sind, veranlassen mich, die Öffentlichkeit zu unterrichten. Ich erbitte hierzu die Mitwirkung der Presse. Gestern sind die neuen Indexzahlen veröffentlicht. Der Preisindex ist gegenüber der letzten Zahl vor meiner Amtsübernahme um 6,3 Proz. gefallen. Damit ist bei den durch den Index erfaßten Bedarfsartikeln diejenige Senkung erzielt, die ich bei meiner Amtsübernahme bis Ende Januar zu erreichen für möglich erklärt hatte. Ich bin hiervon aber nicht befriedigt, obgleich die Preissenkung auf dem außerhalb des Index liegenden Gebiet noch etwas größer ist. Im Interesse der Belebung der Wirtschaft ist es notwendig, das Verhältnis zwischen Kaufkraft und Preisen noch stärker zu verbessern. Das muß in kürzester Frist durchgeführt werden, um Stockungen im Produktionsprozeß auszuschalten, die sonst bei unsicher bleibenden Preisverhältnissen drohen würden. Die Elastizität meiner Befugnisse und das bisherige Ergebnis geben mir die Möglichkeit, die Methoden der Preisüberwachung so zu gestalten, daß das Ziel erreicht wird. An den Orten, für die ich festgestellt habe, daß die zentralen Vereinbarungen über Lebensmittelpreise nicht durchgeführt sind, wird mit besonderen Anordnungen eingegriffen.

Zu einer Beunruhigung wegen des Brotpreises liegt keine Veranlassung vor. Von allen sachverständigen Stellen ist festgestellt, daß die Brotgetreideversorgung für das ganze Jahr absolut sichergestellt ist. Die Preise werden also durch die Kaufkraft bestimmt. Schwankungen im Getreide- und Mehlpreis werden aufgefangen.

Die Senkungen der gebundenen Preise werden für jeden Käufer nachprüfbar gemacht, die Preise für Leistungen noch stärker der Bildung im freien Wettbewerb anvertraut werden. Im übrigen wird das bewährte Verfahren der Preisüberwachung durch Abmachungen mit den verschiedenen Wirtschaftsgruppen in noch stärkerem Tempo zu einem gewissen Abschluß gebracht werden. Was die in der Öffentlichkeit jetzt vorzugsweise behandelten Tarife von Gas- und Elektrizitätswerken, sowie Beförderungsunternehmungen betrifft, so sind bei den meisten Straßenbahnen nunmehr Senkungen von 8—20 Prozent durchgeführt. Eine beachtliche Zahl von Gas- und Elektrizitätswerken haben ihre Preise gesenkt. Auch diese wichtige Frage, bei der der Zusammenhang zwischen Preisgestaltung allgemeiner Wirtschaftslage und öffentlichen Lasten besonders klar in die Erscheinung tritt, wird beschleunigt geklärt werden. Ich hoffe, auch hierüber der Öffentlichkeit bald Genaueres mitteilen zu können.

Kundgebung des Reichslandbundes.

Berlin, 1. Februar.

Der Reichslandbund veranstaltete heute eine Kundgebung, an der mehrere hundert Vertreter der Landbünde aller deutschen Länder und preußischen Provinzen teilnahmen. In seinem Hauptreferat führte der geschäftsführende Präsident, Graf v. Kalckreuth u. a. aus:

Der Appell des Reichskanzlers an die internationale Wirtschaftssolidarität vermag nicht zu verhindern, daß das Ausland die Blockade der deutschen Exportmärkte dauernd verstärkt und uns die Kredite entzieht. Der Reichslandbund steht auf dem Standpunkte, daß auch heute noch die wirtschaftliche Lebensmöglichkeit und die politische Freiheit des deutschen Volkes gerettet werden könne, wenn die Zügel der Regierung in die Hand von Männern gelegt werden, die den Willen zu entschlossener Tat aufbringen. Es muß in aller Öffentlichkeit festgestellt werden, daß das deutsche Volk an Reparationszahlungen schon mehr geleistet hat, als die Grundlage des Friedensvertrages von ihm verlangte. Aber auch wenn es gelingt, weitere Reparationszahlungen fernzuhalten, so bleibt die Lage noch immer hoffnungslos, wenn nicht die Grundübel beseitigt werden: Die zunehmende Arbeitslosigkeit und die schrumpfende Kauf- und Produktionskraft der Landwirtschaft. Beide hängen eng miteinander zusammen und haben ihre gemeinsame Quelle in der verfehlten Exportpolitik Deutschlands. Nur die deutsche Erde kann heute dem Volke noch Brot und Arbeit sichern. Aber die Produktivkraft des deutschen Ackers ist am Erliegen. Allein durch die Verbilligung der Ausgabenseite des Landwirts kann die Unrentabilität nicht erfolgreich bekämpft werden. Die Einnahmeseite muß auch dann gesteigert werden, wenn es nicht in den theoretischen Rahmen der allgemeinen Preissenkung hineinpaßt. Der Versuch, die Einnahmeseite der Landwirtschaft durch Erhöhung des Butterzolles zu steigern, kommt zu spät und ist zudem unzureichend. Der Druck, den der Ernährungsminister auf die Roggenpreise ausübt, wird sich im kommenden Herbst schwer rächen.

Die Schuldenlast der deutschen Wirtschaft ist nur dann tragbar, wenn durch weitere wirkungsvollere Eingriffe in die Zinsgestaltung die Belastung auf ein erträgliches Maß abgesenkt wird. Eine Schuldenregelung kann natürlich auch an den Auslandsschulden nicht vorübergehen, wie es jetzt bei der Zinssenkung wegen Mangels an Mut zur Wahrheit geschehen ist. Sicherung der Staatskassen um jeden Preis ohne Rücksicht auf Rentabilität der Wirtschaft muß zwangsläufig zu einer Vernichtung der Wirtschaft führen.

Ausschlaggebend für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist die Beseitigung unseres starren Lohntarifsystems. Ich halte die schematische Lohnsenkung für einen wirtschaftlichen Fehler, geschaffen aber werden muß eine größere Freiheit der Arbeitnehmer, Arbeit zu suchen und anzunehmen, wo sie sich bietet. Auch eine Neuregelung der Arbeitslosenversicherung ist notwendig. Einer der wirksamsten Wege zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit ist die Wiederherstellung der Wehrhoheit des deutschen Volkes. Statt Abrüstung der anderen sollten wir nach dem Grundsatze „Gleiches Recht für Alle" die Wiederherstellung der deutschen Wehrhoheit fordern. Der Landbund hat es für seine Pflicht gehalten, seine Kampfkraft einzusetzen für die Erreichung einer Regierung, die den Willen besitzt, die deutschen Kraftquellen in schwerster Schicksalsstunde auszuschöpfen und die letzten Reserven einzusetzen im Kampfe für Freiheit und Leben des deutschen Volkes.

Verdächtige Wissenschaft.

Berlin, 30. Januar.

Der „Matin" beschäftigt sich plötzlich mit den seit mehr als 10 Jahren an zahlreichen deutschen Hochschulen bestehenden akademischen Fliegergruppen. Die französische Zeitung will den Eindruck erwecken, als ob sie ein Geheimnis enthülle. Tatsächlich sind die geringen Beträge, mit denen das Reich das wissenschaftliche Studium auf dem Gebiete der Luftfahrt fördert (insgesamt 144000 RM. im Jahre) im Reichshaushalt und zwar im Etat des Reichsverkehrsministeriums, offen aufgewiesen. Die akademischen Fliegergruppen sind die Schöpfer des heute in der ganzen Welt mit Interesse aufgenommenen Segelfluges gewesen. Später haben einige von ihnen sich mit Mitteln, die durch öffentliche Sammlungen aufgebracht worden sind, Kleinflugzeuge beschafft. Es gibt bei allen deutschen akademischen Fliegergruppen kein Flugzeug über 100 PS. Die im Besitz der akademischen Fliegergruppen befindlichen Segelflugzeuge und Kleinflugzeuge sollen die Studierenden instand setzen, das, was sie im Hörsaal gelernt haben, praktisch nachzumessen und zu erproben. Einige dieser Gruppen bauen sich ihre Kleinflugzeuge selbst. Eines von diesen hat am letzten internationalen Rundflug teilgenommen und ist im Golf du Lion untergegangen. Soweit der äußerst harmlose Sachverhalt. Alles übrige, was der „Matin" über die militärische Qualifikation der professeurs d'aviation und über die Mitwirkung des Reichswehrministers Groener berichten zu können glaubt, ist frei erfunden.

Einberufung des Auswärtigen Ausschusses beantragt.

Berlin, 30. Januar.

Die kommunistischen Mitglieder des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages, haben, wie VDZ. erfährt, bei dem stellvertretenden Ausschußvorsitzenden Abg. Scheidemann (Soz.), die sofortige Einberufung des Auswärtigen Ausschusses beantragt. Als Tagesordnung haben sie vorgeschlagen: Die japanischen Kriegsmaßnahmen gegen China und die Haltung der deutschen Reichsregierung und des Völkerbundes.

Kundgebung der „Eisernen Front" im Sportpalast.

Berlin, 31. Januar.

Die drei Gruppen der „Eisernen Front" — das Reichsbanner, die Hammerschaften (Abteilungen der Gewerkschaften) und die Arbeitersportler — veranstalteten heute nachmittag im Sportpalast eine Massenkundgebung. Nach der Begrüßungsansprache durch den Gauvorsitzenden des Reichsbanners, Stelling, und einem Prolog des Arbeiterdichters Max Bartels sprach als erster Redner Reichstagsabgeordneter Crispien. In der „Eisernen Front",